

OS

EINGANG OBERBÜRGERMEISTER					
24. Okt. 2018					
GG Amt:	AE Amt:	VZ	Be- gleit.	Petition:	
				OB	AL Amt:



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR BILDUNG

EINGEGANGEN
28. Nov. 2018

0191

<-Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Kultur- u. Schulverwaltungsamt
Koblenz
Eing. 29. OKT. 2018

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

22. Oktober 2018

Herrn Oberbürgermeister
David Langner
Stadtverwaltung Koblenz
Willi-Hörter-Platz 1
56068 Koblenz

Mein Aktenzeichen 9504-51 279-0/15
Ihr Schreiben vom 06.08.2018
Bitte immer angeben! 504401

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Sissi Westrich
Sissi.Westrich@bm.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5320
06131 16-06131-
16175320

Ausbau Schulsozialarbeit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Langner,

liebe David,

vielen Dank für Ihre Schreiben vom 6. August 2018. Die verspätete Beantwortung bitte ich zu entschuldigen. Ich freue mich über Ihre Mitteilung, dass die Stadt Koblenz im Bereich der Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen, die den Abschluss der Berufsreife anbieten, gut aufgestellt ist. Die Aufstockung der Landesmittel für dieses Programm von fünf Millionen in 2016 auf inzwischen sieben Millionen hat es auch ermöglicht, Ihre Stadt zusätzlich zu den 2016 geförderten 168.300 Euro mit einer zusätzlichen Ausbauoption für 1,50 Stellen zu unterstützen, von denen Sie bereits eine Stelle umgesetzt haben.

Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Beitrag der Kinder- und Jugendhilfe zur Förderung von Schülerinnen und Schülern am Lern- und Lebensort Schule. Deshalb unterstützt das Land die Kommunen bei diesem Angebot über unterschiedliche Wege. Einerseits ist dabei das Programm für Realschulen plus, Gesamtschulen und Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, die zur Berufsreife führen, zu nennen, andererseits die Förderung im Bereich der berufsbildenden Schulen, die von 2,58 Millionen Euro in 2016 auf jährlich 2,70 Millionen Euro angehoben wurde.

Wenn Sie ansprechen, dass die berufsbildenden Schulen wie die Gymnasien nicht nur von Schülerinnen und Schülern der eigenen kommunalen Gebietskörperschaft besucht werden, so handelt es sich dabei um ein allgemeines Thema der Oberzentren,



das nicht im Zuge der Förderung der Schulsozialarbeit gelöst werden kann. Allerdings können die Träger der öffentlichen Jugendhilfe prüfen, ob sich hinsichtlich der Schulsozialarbeit Kooperationen nach § 69 Abs. 4 SGB VIII ergeben. Falls Sie Rückfragen hierzu haben, steht in meinem Ministerium Frau Sissi Westrich (Tel. 06131 16 5320; Sissi.Westrich@bm.rlp.de) gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Als dritter Teilbereich der Förderung, die der Schulsozialarbeit als Kinder- und Jugendhilfeleistung den Kommunen zu Gute kommt, möchte ich auf die Mittel nach § 109b Schulgesetz für inklusiv-sozialintegrative Aufgaben hinweisen. Einige Kommunen nutzen diese insgesamt 10 Millionen Euro für Schulsozialarbeit an Grundschulen und manche auch für Schulsozialarbeit an Gymnasien.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Langner, ich verstehe Ihr Anliegen, dass das Land seine Unterstützung bei der Finanzierung der Stellen von Schulsozialarbeit, die ausschließlich in die Zuständigkeit Ihrer Kommune fallen, auch an Grundschulen ausbauen soll, sehr gut. Ich kann Ihnen aber aktuell nach dem 2017/2018 bisher größten bisherigen Ausbausritt für Schulsozialarbeit keine weiteren zusätzlichen Mittel in Aussicht stellen, Ihnen aber versichern, dass die Stärkung und Unterstützung von Grundschulen mir ein wichtiges Anliegen ist, das ich auch in Zukunft mit Nachdruck verfolgen werde.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Stefanie Hubig

Stadtverwaltung Koblenz - Am/EB - Postfach 201551 - 56015 Koblenz

Frau
Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig
Ministerium für Bildung
des Landes Rheinland-Pfalz
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz

Der Oberbürgermeister



Willi-Hörter-Platz 1
56068 Koblenz

06.08.2018

Ansprechpartner/in:

Thomas Muth
Amt für Jugend, Familie,
Senioren und Soziales

thomas.muth@stadt.koblenz.de
(nicht für förmliche Rechtsbehelfe)

Fon: 0261 129 - 2320

Fon zentral: 0261 129 - 0

Fon zentral aus Koblenz: 115

Fax: 0261 129 - 2300

www.koblenz.de

Info Bushaltestelle/Linie:

www.bus.koblenz.de

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:
504401

Ausbau der Schulsozialarbeit

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hubig,

verstärkt erreichen uns Anfragen zum Ausbau der Schulsozialarbeit an Gymnasien, Grundschulen und berufsbildenden Schulen. Ein Beispiel, in dem der Leiter des Koblenzer Hilda-Gymnasiums, Herr OStD Klemens Breitenbach, im Auftrag der „Koblenzer Schulleiterrunde“ an Gymnasien die Situation schildert, gebe ich Ihnen gerne zur Kenntnis.

Auch aus unserer fachlichen Sicht ist der Ausbau der Schulsozialarbeit an Gymnasien, Grundschulen und berufsbildenden Schulen dringend erforderlich. Dieser Ausbau ist jedoch aus kommunalen Mitteln allein nicht leistbar. Wir sind im Bereich der Schulen mit Berufsbildungsabschluss gut aufgestellt; Dank der Landesförderung in diesem Bereich betragen die städtischen Aufwendung hier ca. 50%. Für den Bereich der Gymnasien erhalten wir jedoch keine Landesmittel. Hier übernehmen wir die Kosten für zwei VZÄ für die 7 Koblenzer Gymnasien. Somit entfallen 1/8-Stelle auf jedes Gymnasium (+ 1/8 Koordination und Fachberatung), was sich in einem Stundenanteil vor Ort von max. zehn Wochenstunden niederschlägt. Dies wird als nicht ausreichend erachtet. Die Koblenzer Gymnasien werden von vielen Einpendlern besucht, sodass auch viele Nicht-Koblenzer das städtisch finanzierte Angebot nutzen. Dies rechtfertigt u.E. eine Unterstützung seitens des Landes.

Die drei berufsbildenden Schulen in Koblenz sind mit je einer Stelle Schulsozialarbeit ausgestattet. Jede Schule wird jedoch von ca. 3.500 Schülerinnen und Schülern besucht. Davon sind nur 28% aus dem Stadtgebiet Koblenz. Zwei Stellen sind komplett

landesfinanziert. Eine Stelle wird seitens des Landes bezuschusst.

Ein weiterer Ausbau wird seitens der Schulen gefordert. Für eine städtische Finanzierung bzw. Mitfinanzierung sehen wir jedoch die Grundlage nicht gegeben, da es sich bei den Schülerinnen und Schülern meist um Einpendler handelt. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Koblenz hat dies in seiner letzten Sitzung so beschlossen.

Für Grundschulen haben wir einen freien Träger der Jugendhilfe beauftragt, Angebote der Schulsozialarbeit zu unterbreiten. Hierzu werden 2,5 Stellen für den Einsatz an 25 Grundschulen seitens der Stadt Koblenz finanziert. Somit ergibt sich, dass das Angebot nur nachfrageorientiert und aufgrund spezifischer/selektiver Bedarfslagen erfolgen kann. Dies entspricht nicht einem notwendigen grundständigen Angebot an Schulsozialarbeit an Grundschulen. Wir bemühen uns, durch Annex-Angebote wie zugehende Beratung durch die Lebensberatungsstellen und eine gute Netzwerkwerkarbeit, dieses Defizit zu kompensieren. Das Angebot wird jedoch seitens der Schulen als nicht ausreichend bezeichnet. Der Ausbau der Schulsozialarbeit wird zunehmend seitens der Schulleitungen eingefordert. Auch diese Aufgabe bedarf der Landesunterstützung, da ein Ausbau aus kommunalen Mittel nicht finanzierbar ist.

Sehr geehrte Frau Dr. Hubig, ich bitte Sie daher herzlich, sich für den Ausbau der Schulsozialarbeit an Grundschulen und Gymnasien und für eine kostendeckende Beteiligung des Landes für die Schulsozialarbeit an berufsbildenden Schulen verstärkt einzusetzen.

Über eine Rückmeldung freue ich mich.

Mit freundlichen Grüßen

David Langner
Oberbürgermeister